Neufassung der Berufsordnung der LandesPsychotherapeutenKammer (BO LPK RLP)

vom 14. November 2012 (Psychotherapeutenjournal 4/2012, Einhefter Seite 7 – 12)

Auf Grundlage von § 14 Absätze 1 und 4 Nr. 4, § 22 des Landesgesetzes über die Kammern für die Heilberufe „Heilberufsgesetz (HeilBG)“ Rheinland-Pfalz vom 20. Oktober 1978 (GVBl. S. 649; 1979 S. 22), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 27. Oktober 2009 (GVBl. S. 358), hat die Vertreterversammlung der LandesPsychotherapeutenKammer Rheinland-Pfalz in ihrer Sitzung am 27. Oktober 2012 die nachfolgende Neufassung der Berufsordnung beschlossen:

Berufsordnung der LandesPsychotherapeutenKammer Rheinland-Pfalz (BO LPK RLP)

Präambel

(1) ¹Diese Berufsordnung stellt die Überzeugung der Kammermitglieder zu ihrem berufswürdigen Verhalten gegenüber den Patienten, den Kollegen, den andern Partnern im Gesundheitswesen und der Öffentlichkeit dar. ²Die Festlegung von berufsethischen Grundsätzen und Berufspflichten dient dem Ziel, den Beruf gewissenhaft, sorgsam und verantwortungsvoll auszuüben, das Vertrauen zwischen Patientinnen und Patienten und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zu wahren und zu stärken und sich der Freiheit und des Ansehens des Psychotherapeutenberufes würdig zu zeigen. ³Damit verpflichten sich die Kammermitglieder zum Erhalt der Qualität der psychotherapeutischen Tätigkeit in ihrer Anwendung und Weiterentwicklung und stellen die Ausübung des Berufes in den Dienst der psychischen, psychosomatischen und psychosozialen Gesundheit der Bevölkerung.

(2) ¹Sie regelt die Berufsausübung der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in Rheinland-Pfalz. ²Soweit ihre Bestimmungen für alle Angehörigen dieser Berufe gelten, wird die einheitliche Bezeichnung „Psychotherapeutin“ und „Psychotherapeut“ verwendet.

(3) ¹Sie gilt für alle Mitglieder der LandesPsychotherapeutenKammer Rheinland-Pfalz. ²Sie gilt auch für Berufsangehörige, die Staatsangehörige eines anderen Mitgliedsstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum sind und im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften ihren Beruf gelegentlich oder vorübergehend ausüben, ohne hier eine berufliche Niederlassung oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt zu haben. ³Sie sind von der Mitgliedschaft befreit, solange sie in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Erster Teil
Grundsätze der Berufsausübung, Berufsbezeichnung

§ 1 Berufsaufgaben

(1) Psychotherapeuten üben insbesondere die Heilkunde unter Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Standards aus mit dem Ziel, Krankheiten vorzubeugen und zu heilen, Gesundheit zu fördern und zu erhalten sowie Leiden zu lindern.

(2) ¹Sie betätigen sich insbesondere in der kurativen und palliativen Versorgung, in der Prävention und Rehabilitation, in der Aus-, Fort- und Weiterbildung, in Forschung und Lehre, im öffentlichen Gesundheitsdienst, in der Kinder- und Jugendhilfe und in anderen Feldern des Sozialwesens, in der Beratung, in der Leitung und im Management von Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen sowie deren wissenschaftlicher Evaluation, in der wissenschaftlichen Weiterentwicklung der Konzepte, Verfahren und Methoden der Psychotherapie. ²Sie beteiligen sich darüber hinaus an der Erhaltung und Weiterentwicklung der soziokulturellen Lebensgrundlagen im Hinblick auf ihre Bedeutung für die psychische Gesundheit der Menschen.

(3) Der Beruf des Psychotherapeuten ist seiner Natur nach ein freier Beruf und kein Gewerbe.

§ 2 Verantwortung

(1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten üben ihren Beruf in eigener Verantwortung, frei und selbstbestimmt aus, soweit Gesetz und Berufsordnung sie nicht ausdrücklich verpflichten oder einschränken.

(2) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können diagnostische Teilaufgaben sowie behandlungsergänzende Maßnahmen an Dritte delegieren, sofern diese über eine dafür geeignete Qualifikation verfügen und die Patienten wirksam eingewilligt haben. ²Die Gesamtverantwortung für die delegierten Maßnahmen verbleibt bei dem delegierenden Psychotherapeuten.

§ 3 Kompetenz

¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben dafür zu sorgen, dass ihre Berufsarbeit die erforderliche Qualität aufweist. ²Sie sind verpflichtet, geeignete Maßnahmen zur Überprüfung und Erhaltung ihrer beruflichen Kompetenzen zu treffen.

§ 4 Berufsbezeichnung

- (1) Zulässige Berufsbezeichnungen sind nach § 1 Absatz 1 PsychThG
- „Psychologische Psychotherapeutin“ oder „Psychologischer Psychotherapeut“
 - „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin“ oder „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut“
 - „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“

(2) Als zusätzliche Bezeichnung kann der Berufsbezeichnung das Psychotherapieverfahren beigefügt werden, das Gegenstand der vertieften Ausbildung und der Prüfung nach der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Psychologische Psychotherapeuten oder der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten oder gemäß § 12 PsychThG zur Approbation führte.

(3) Kammermitglieder, die eine Weiterbildung nach der Weiterbildungsordnung erfolgreich abgeschlossen haben, können die damit verbundene Zusatzbezeichnung führen, um so auf ihre erworbenen besonderen Kenntnisse hinzuweisen.

(4) ¹Qualifikationen und Tätigkeitsschwerpunkte dürfen angegeben werden, sofern dies in angemessener Form erfolgt und nicht irreführend ist. ²Die Voraussetzungen für derartige Angaben sind gegenüber der Kammer auf Verlangen nachzuweisen. ³Die Angabe eines Tätigkeitsschwerpunkts setzt eine nachhaltige Tätigkeit in diesem Bereich voraus und muss mit dem Zusatz „Tätigkeitsschwerpunkt“ erfolgen.

Zweiter Teil Regeln für die Berufsausübung

§ 5 Allgemeine Berufspflichten

(1) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. ²Sie sind bei der Ausübung ihres Berufes ihrem Gewissen, den Geboten der psychotherapeutischen Ethik und der Menschlichkeit verpflichtet.

(2) ¹Sie haben die Würde, die Integrität und das Selbstbestimmungsrecht der Patientinnen und Patienten zu wahren. ²Insbesondere haben sie darauf zu achten, dass sie diese nicht durch die vielfältigen Einflussmöglichkeiten, die ihnen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit zu Gebote stehen, verletzen.

(3) ¹Sie haben ihr diagnostisches und psychotherapeutisches Wissen überlegt einzusetzen, insbesondere mögliche Folgen für die Patientinnen und Patienten und andere zu bedenken und Schaden zu vermeiden. ²Sie haben darauf zu achten, dass sie bei ihrer beruflichen Tätigkeit ihre fachlichen Fähigkeiten und ihr Leistungsvermögen nicht überschätzen. ³Psychotherapeuten dürfen weder das Vertrauen, die Unwissenheit, die Leichtgläubigkeit oder die Hilflosigkeit von Patientinnen und Patienten ausnutzen noch unangemessene Versprechungen oder Ermutigungen in Bezug auf den Heilungserfolg machen.

(4) Sie dürfen nur Grundsätze anerkennen und Vorschriften oder Anweisungen beachten, die mit ihrer Aufgabe vereinbar sind, deren Befolgung sie verantworten können und die dieser Berufsordnung nicht widersprechen, und sind verpflichtet, sich über die für die Berufsausübung jeweils geltenden Vorschriften zu unterrichten.

(5) ¹Psychotherapeuten erbringen psychotherapeutische Behandlungen im persönlichen Kontakt. ²Sie dürfen diese über elektronische Kommunikationsmedien nur unter Beachtung besonderer Sorgfaltspflichten durchführen.

(6) Psychotherapeuten sind verpflichtet, sich im Falle von Großschadensereignissen oder Katastrophen an einer psychosozialen Notfallversorgung der Bevölkerung in berufsangemessener Form zu beteiligen.

(7) Sie sind verpflichtet, sich hinreichend gegen Haftpflichtansprüche aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit zu versichern.

(8) ¹Sie sind verpflichtet, auf Anfragen der Psychotherapeutenkammer, welche diese im Rahmen der Berufsaufsicht an sie richtet, in angemessener Frist zu antworten. ²Die Auskunftspflicht entfällt nur dann, wenn die Kammerangehörigen sich bei Erteilung der Auskunft einer straf- oder berufsrechtlichen Verfolgung aussetzen würden.

(9) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die Psychotherapieverfahren anwenden, die nicht wissenschaftlich anerkannt sind (§ 1 Abs. 3 Satz 1 PsychThG), bedürfen einer weiteren gesetzlichen Erlaubnis. ²Gleiches gilt für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, die Personen behandeln, die das 21. Lebensjahr vollendet haben; § 1 Abs. 2 Psychotherapeutengesetz bleibt unberührt.

§ 6 Sorgfaltspflicht

(1) ¹Vor Beginn einer psychotherapeutischen Behandlung hat in der Regel eine diagnostische Abklärung unter Einbeziehung anamnestischer Erhebungen zu erfolgen. ²Dabei sind erforderlichenfalls Befundberichte Dritter zu berücksichtigen. ³Indikationsstellung und Erstellung eines Gesamtbehandlungsplans haben unter Berücksichtigung der mit den Patienten erarbeiteten Behandlungsziele zu erfolgen.

(2) Bei Stagnation des Behandlungsprozesses, bei Wechsel oder Verschlechterung der Symptomatik sollen die Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten nach Sachlage kollegiale Beratung, Intervention oder Supervision, bei Bedarf auch berufsübergreifend, in Anspruch nehmen.

(3) ¹Erkennen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, dass ihre Behandlung keinen Erfolg mehr erwarten lässt, sind sie gehalten, die Behandlung zu beenden. ²Besteht weiterhin Behandlungsbedarf, haben sie ihre Patientinnen und Patienten angemessen zu beraten.

(4) ¹Lässt sich das für eine psychotherapeutische Behandlung notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Patientin oder Patient und Psychotherapeutin oder Psychotherapeut nicht aufbauen, sollte die Psychotherapeutin und der Psychotherapeut die Behandlung nicht fortführen. ²Geht das Vertrauensverhältnis im Laufe einer Behandlung verloren, sollten sie die Behandlung beenden, insbesondere einen bestehenden Behandlungsvertrag auflösen.

§ 7 Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht

(1) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, über Psychodiagnostik, Beratung und Psychotherapieverlauf aussagefähige und zeitnahe Aufzeichnungen zu erstellen. ²Die Dokumentation muss mindestens Datum, anamnestische Daten, Diagnosen, Fallkonzeptionalisierungen, psychotherapeutische Maßnahmen sowie gegebenenfalls Ergebnisse psychometrischer Erhebungen enthalten.

(2) Die psychotherapeutischen Aufzeichnungen nach Absatz 1 sind mindestens zehn Jahre nach Abschluss der Behandlung aufzubewahren, soweit sich nicht aus anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsdauer ergibt.

(3) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben dafür Sorge zu tragen, dass bei Praxisübergabe und im Falle eigenen Unvermögens (Krankheit, Tod) ihre Patientenunterlagen in gehörige Obhut gegeben und nach Ablauf der Aufbewahrungszeit (Absatz 2) unter Beachtung der Grundsätze der Datensicherung vernichtet werden. ²An eine Praxiserwerberin oder einen Praxiserwerber dürfen die Aufzeichnungen nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Patientin oder des Patienten übergeben werden. ³Ist eine gehörige Obhut nicht gegeben, sind die Patientenunterlagen von der Kammer aufzubewahren.

§ 8 Schweigepflicht

(1) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben über das, was ihnen im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit anvertraut oder bekannt geworden ist – auch über den Tod der Patientinnen und Patienten hinaus – zu schweigen. ²Der Schweigepflicht unterliegen auch mündliche oder schriftliche Mitteilungen von Dritten. ³Eine Verletzung der Schweigepflicht stellt neben einer Berufspflichtverletzung auch einen Straftatbestand gemäß § 203 Strafgesetzbuch dar.

(2) ¹Sie sind zur Offenbarung nur befugt, soweit sie entweder von der Schweigepflicht entbunden worden sind oder soweit es zum Schutz eines höherwertigen Rechtsguts im konkreten Fall erforderlich ist. ²Auch in diesen Fällen haben sie, soweit sie zur Offenbarung nicht gesetzlich verpflichtet sind, über die Weitergabe von Informationen unter Berücksichtigung der Folgen für die Patientinnen und Patienten und die Psychotherapie gewissenhaft zu entscheiden. ³Gesetzliche Aussage- und Anzeigepflichten bleiben davon unberührt.

(3) Die Patientin oder der Patient ist in jedem Fall darüber zu unterrichten, wenn ein Dritter Informationen über eine Patientin oder einen Patienten wünscht oder ein Fall vorliegt, in dem die Schweigepflicht aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift eingeschränkt ist.

(4) In der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie ist die Pflicht der Verschwiegenheit auch gegenüber den Sorgeberechtigten der Patientin oder des Patienten zu wahren, es sei denn, dass insbesondere psychotherapeutische Erfordernisse eine Abweichung unabdingbar notwendig machen.

(5) Droht eine Selbst- oder Fremdgefährdung durch eine Patientin oder einen Patienten, hat die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut unter Abwägung zwischen Schweigepflicht und Fürsorgepflicht die erforderlichen Vorkehrungen zur Gefahrenabwehr zu treffen.

(6) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben auch dafür zu sorgen, dass im Fall eigenen Unvermögens (Krankheit, Tod) die Schweigepflicht gewahrt bleibt.

(7) Sie haben ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Personen, die zur Vorbereitung auf den Beruf an der psychotherapeutischen Tätigkeit teilnehmen, über die gesetzliche Pflicht zur Verschwiegenheit zu belehren und dies schriftlich festzuhalten.

(8) Im Rahmen kollegialer Beratung, Intervision, Supervision oder zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und Lehre dürfen Informationen über Patientinnen und Patienten und Dritte nur in anonymisierter Form verwendet werden, soweit nicht eine ausdrückliche Entbindung von der Schweigepflicht vorliegt.

§ 9 Datenschutz

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben für ihre Aufzeichnungen, besonders auch auf elektronischen Datenträgern und anderen Speichermedien, unter Beachtung der Grundsätze der Datensicherung die Sicherungs- und Schutzmaßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Veränderung, Vernichtung oder unrechtmäßige Verwendung der Daten zu verhindern und die Einhaltung der Schweigepflicht zu gewährleisten.

§ 10 Einsicht der Patientinnen und Patienten in Aufzeichnungen, Auskünfte an Patientinnen und Patienten

(1) ¹Patientinnen und Patienten ist, auch nach Abschluss der Psychotherapie, auf deren Verlangen grundsätzlich Einsicht in die sie betreffenden Aufzeichnungen, die nach § 7 Abs. 1 zu erstellen sind, zu gewähren. ²Ausgenommen sind diejenigen Teile, welche subjektive Eindrücke und Wahrnehmungen der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten oder Dritter enthalten.

(2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können die Einsicht verweigern, soweit die Patientin oder der Patient durch die Einsichtnahme gesundheitlich erheblich gefährdet würde.

(3) Sie haben die Verweigerung der Einsichtnahme der Patientin oder dem Patienten oder einer Person deren Vertrauens angemessen zu erläutern.

§ 11 Aufklärungspflicht

(1) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten müssen grundsätzlich den Patientinnen oder Patienten in einer sorgfältig auf deren Befindlichkeit und Aufnahmefähigkeit abgestimmten Form Befund, Diagnose, Therapieplan und mögliche Behandlungsrisiken mitteilen. ²Sie sind verpflichtet, diese Informationen gegebenenfalls begleitend zum Behandlungsprozess zu geben.

(2) Die Aufklärungspflicht beinhaltet auch den Hinweis auf Behandlungsalternativen sowie auf weitere Hilfsangebote, sofern es solche gibt.

(3) Die Aufklärungspflicht umfasst auch die Klärung der Rahmenbedingungen der psychotherapeutischen Behandlung, insbesondere Honorarregelungen, Sitzungsdauer und -frequenz und die voraussichtliche Dauer der Behandlung.

(4) In Institutionen arbeitende Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben ihre Patientinnen und Patienten angemessen über besondere institutionelle Rahmenbedingungen und Zuständigkeitsbereiche der an ihrer Behandlung beteiligten Personen zu informieren.

(5) Im Falle einer Behandlung nach § 5 Abs. 9 Satz 1 ist über das Ausmaß der wissenschaftlich belegten Wirksamkeit der angewandten Verfahren besonders aufzuklären.

§ 12 Abstinenz

(1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben ihre Beziehungen zu ihren Patientinnen und Patienten berufsbezogen zu gestalten und die besondere Verantwortung und ihren besonderen Einfluss gegenüber ihren Patientinnen und Patienten jederzeit angemessen zu berücksichtigen.

- (2) Sie dürfen die Vertrauensbeziehung zu Patientinnen und Patienten nicht zur Befriedigung eigener Bedürfnisse oder Interessen ausnutzen oder versuchen, aus den Kontakten persönliche oder wirtschaftliche Vorteile zu ziehen.
- (3) Sie sollen außertherapeutische Kontakte zu Patientinnen und Patienten gering halten und so gestalten, dass sie die therapeutische Beziehung und die eigene Unabhängigkeit nicht beeinträchtigen.
- (4) Sexuelle Kontakte zu Patientinnen und Patienten sind unzulässig.
- (5) Die Abstinenz muss auch gegenüber Personen eingehalten werden, die den Patientinnen und Patienten nahe stehen.
- (6) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten steht für ihre Arbeit nur das gesetzliche oder vereinbarte Honorar zu. ²Sie dürfen im Rahmen ihrer psychotherapeutischen Tätigkeit keine Geschenke annehmen, deren Wert den einer kleinen Aufmerksamkeit übersteigt. ³Sie dürfen nicht direkt oder indirekt Nutznießer größerer Schenkungen, Erbschaften, Erbverträge oder Vermächtnisse von Patientinnen und Patienten oder diesen nahe stehenden Personen werden und haben diese abzulehnen.
- (7) Sie dürfen im Zusammenhang mit der Ausübung ihres Berufs keine Waren verkaufen oder gewerbliche Dienstleistungen erbringen.
- (8) ¹Das Abstinenzgebot gilt auch für die Zeit nach Beendigung der Psychotherapie, solange noch eine Behandlungsnotwendigkeit, eine Abhängigkeitsbeziehung oder ein Übertragungsgeschehen des Patienten zum Psychotherapeuten gegeben ist, und ist für mindestens ein Jahr einzuhalten. ²Die Verantwortung für ein berufsethisch einwandfreies Vorgehen trägt allein der behandelnde Psychotherapeut.

§ 13 Umgang mit minderjährigen Patientinnen und Patienten

- (1) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben das informationelle Selbstbestimmungsrecht minderjähriger Patientinnen und Patienten zu wahren. ²Bei Konflikten zwischen Patientinnen und Patienten und den Sorgeberechtigten sowie bei Konflikten der Sorgeberechtigten untereinander sind Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten vorrangig dem Wohl ihrer Patientinnen und Patienten verpflichtet.
- (2) ¹Jede Behandlung setzt die Einwilligung der Patientinnen und Patienten nach erfolgter Aufklärung voraus. ²Minderjährige Patientinnen und Patienten können grundsätzlich in eine Behandlung einwilligen, wenn sie über die erforderliche behandlungsbezogene Einsichtsfähigkeit verfügen. ³Verfügen Patientinnen und Patienten nicht über diese Einsichtsfähigkeit, sind Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten verpflichtet, die Einwilligung der Sorgeberechtigten einzuholen.
- (3) Probatorische Sitzungen, die zur Abklärung der Indikationsstellung durchgeführt werden, kann ein Sorgeberechtigter alleine veranlassen.
- (4) ¹Die Durchführung einer Psychotherapie ist nur möglich, wenn das Einverständnis der Sorgeberechtigten vorliegt. ²Können sich die Sorgeberechtigten nicht einigen, ist die Durchführung einer Behandlung mit der noch nicht einsichtsfähigen Patientin oder dem noch nicht einsichtsfähigen Patienten von einer gerichtlichen Entscheidung abhängig. ³Gesetzlich versicherte Patientinnen und Patienten, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, können eine Psychotherapie ohne Kenntnis ihrer Eltern beantragen, wenn sie über die erforderliche Einsichtsfähigkeit verfügen; § 36 SGB I bleibt unberührt.

(5) ¹Die Schweigepflicht gilt auch gegenüber Sorgeberechtigten, Familienangehörigen und sonstigen an der Erziehung der Patientinnen und Patienten beteiligten Personen (Bezugspersonen). ²Davon unberührt bleibt die Verpflichtung des Psychotherapeuten, die Sorgeberechtigten in angemessener Weise über den Fortgang der Behandlung zu unterrichten und sie in den Psychotherapieprozess einzubeziehen, wenn dies für die Behandlung förderlich ist. ³§ 8 Abs. 4 bleibt unberührt.

§ 13 a Umgang mit nicht oder eingeschränkt geschäftsfähigen Personen

Die Bestimmungen des § 13 gelten sinngemäß für die Arbeit mit nicht oder eingeschränkt geschäftsfähigen Personen.

§ 14 Honorierung

(1) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben Anspruch auf eine angemessene Honorierung ihrer Leistungen. ²Eine darüber hinaus gehende Honorierung dürfen sie weder annehmen noch sich versprechen lassen.

(2) ¹Honorarfragen sind vor Beginn der Psychotherapie zu klären. ²Empfohlen wird die Schriftform.

(3) Das Honorar ist nach der Gebührenordnung für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (GOP) in Verbindung mit der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) zu erheben, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist.

(4) In Ausnahmefällen dürfen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten aus sozialen oder ethischen Gründen ganz oder teilweise auf ihr Honorar verzichten.

(5) Abrechnungen sind sorgfältig vorzunehmen, haben der Klarheit und Wahrheit zu entsprechen und den Behandlungsverlauf korrekt wiederzugeben.

§ 15 Fortbildung und Qualitätssicherung

(1) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die ihren Beruf ausüben, sind zum Erhalt und zur Weiterentwicklung ihrer fachlichen Befähigung verpflichtet. ²Hierzu nehmen sie regelmäßig an beruflicher Fortbildung und qualitätssichernden Maßnahmen teil.

(2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten müssen ihre Fortbildung und Maßnahmen zur Qualitätssicherung gegenüber der Kammer in geeigneter Form nachweisen können.

(3) Näheres regeln die Weiterbildungs- und die Fortbildungsordnung der Kammer.

§ 16 Verhalten gegenüber anderen Kammermitgliedern

(1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, ihren Berufskolleginnen und Berufskollegen mit Respekt zu begegnen, Rücksicht auf deren berechnigte Interessen zu nehmen und bei kritischen Stellungnahmen sachlich zu bleiben.

(2) In Konkurrenz- und Wettbewerbssituationen sind sie zur Fairness verpflichtet.

(3) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen einander in kollegialer Weise auf Vorschriften der Berufsordnung aufmerksam machen. ²Sie verletzen ihre Pflicht zur Kollegialität auch dann nicht, wenn sie die Kammer auf einen möglichen Verstoß einer Kollegin oder eines Kollegen gegen die Berufsordnung hinweisen.

§ 17 Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, mit dem Ziel der bestmöglichen Versorgung der Patientinnen und Patienten mit den Angehörigen anderer Berufsgruppen der psychosozialen und medizinischen Versorgung kollegial zusammen zu arbeiten.

§ 18 Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

(1) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können zur Durchführung von Psychotherapie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten beschäftigen. ²Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben ihren Beschäftigten angemessene Arbeitsbedingungen zu bieten und mit ihnen der jeweiligen Tätigkeit und Leistung entsprechende Verträge abzuschließen.

(2) Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sind auf ihren späteren Beruf hin angemessen auszubilden.

(3) Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern sind grundsätzlich innerhalb von drei Monaten nach Antragstellung, bei Ausscheiden unverzüglich, Zeugnisse auszustellen.

Dritter Teil

Ausübung des Berufs in unterschiedlichen Berufsfeldern

§ 19 Niederlassung

(1) ¹Die Ausübung des Berufes in Niederlassung ist an eine eigene Praxis gebunden, sofern nicht gesetzliche Vorschriften etwas anderes zulassen. ²Die Durchführung einzelner therapeutischer Schritte kann auch außerhalb der Praxisräumlichkeiten stattfinden.

(2) Die Errichtung einer Praxis sowie einer Zweigpraxis ist der Kammer anzuzeigen.

§ 20 Zusammenschlüsse zur gemeinsamen Berufsausübung

¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen sich zur Ausübung ihres Berufes in allen rechtlich möglichen Formen mit anderen Angehörigen ihres Berufsstandes oder Angehörigen anderer Berufsgruppen zusammenschließen, wenn die eigenverantwortliche und selbständige sowie nicht gewerbliche Berufsausübung gewahrt bleibt. ²Bei allen Formen von Zusammenschlüssen muss die freie Wahl der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten durch die Patientinnen und Patienten gewährleistet bleiben.

§ 21 Anforderungen an die Praxen

¹Räumlichkeiten und Ausstattung der psychotherapeutischen Praxis müssen den besonderen Anforderungen der psychotherapeutischen Berufsausübung genügen. ²Die Räumlichkeiten müssen vom privaten Lebensbereich getrennt sein. ³Die Praxis muss durch ein Praxisschild gekennzeichnet sein.

§ 22 Bezeichnungen für Praxen

(1) Die Bezeichnung einer Praxis muss die für eine Inanspruchnahme durch Patientinnen und Patienten zulässigen Informationen enthalten.

(2) Andere Bezeichnungen als „Praxis“ bedürfen der Genehmigung durch die Kammer, soweit sie gesetzlich nicht vorgesehen sind.

§ 23 Gestaltung von Informationen über Praxen

(1) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen auf ihre berufliche Tätigkeit werbend hinweisen. ²Die Werbung muss sich in Form, Inhalt und Umfang auf die sachliche Vermittlung des beruflichen Angebots beschränken. ³Sie darf nicht auf den Abschluss eines Behandlungsvertrages im Einzelfall gerichtet sein.

(2) Informationen über Praxen im Internet müssen den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere des Telemediengesetzes (TMG), entsprechen.

(3) ¹Berufswidrige Werbung, insbesondere anpreisende, vergleichende und irreführende Werbung ist untersagt. ²Die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut darf eine solche Werbung durch andere weder veranlassen noch dulden. ³Werbeverbote auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen bleiben unberührt.

§ 24 Ausübung des Berufs in einem Beschäftigungsverhältnis

(1) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in einem privat- oder öffentlich-rechtlichen Beschäftigungsverhältnis dürfen Weisungen von Vorgesetzten, die mit dieser Berufsordnung nicht vereinbar sind oder deren Befolgung sie selbst nicht verantworten können, nicht befolgen. ²Weisungen für das Vorgehen bei einer psychotherapeutischen Behandlung dürfen sie nur von Vorgesetzten annehmen, die eine Berechtigung zur Ausübung von Psychotherapie haben.

(2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als vorgesetzte Personen dürfen keine Weisungen erteilen, die mit dieser Berufsordnung nicht vereinbar sind.

§ 25 Ausübung des Berufs in einem Beschäftigungsverhältnis und zugleich in eigener Praxis

Üben Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ihren Beruf in einem Beschäftigungsverhältnis und zugleich niedergelassen in eigener Praxis aus, haben sie Interessenkonflikte, die sich hierbei ergeben, so zu lösen, wie es dem Wohl der Patientinnen und Patienten entspricht.

§ 26 Öffentliches Auftreten von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben bei ihrem öffentlichen Auftreten alles zu unterlassen, was dem Ansehen des Berufsstandes schadet.
- (2) ¹Sie haben darauf zu achten, dass ihr fachliches Auftreten in der Öffentlichkeit nicht mit der Ausübung von Psychotherapie gleichgesetzt werden kann. ²Fachliche Äußerungen müssen sachlich informierend und wissenschaftlich fundiert sein. ³Sowohl irreführende Heilungsversprechen als auch unlautere Vergleiche mit anderen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und deren Verfahren sind untersagt.

§ 27 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in lehrender, ausbildender, supervidierender und lehrtherapeutischer Tätigkeit

- (1) In der Ausbildung tätige Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben die Integrität von Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu achten und dürfen keine Abhängigkeiten zur Befriedigung eigener Bedürfnisse und Interessen ausnutzen oder Vorteile daraus ziehen.
- (2) Sie haben die berufsethischen Standards zu lehren und in ihrem eigenen Handeln vorbildlich zu vertreten.
- (3) Sie dürfen keine Prüfungen bei Ausbildungsteilnehmerinnen und Ausbildungsteilnehmern abnehmen, die bei ihnen in Selbsterfahrung oder Lehrtherapie sind oder waren.
- (4) Die Ausbildungsbedingungen müssen transparent und vertraglich festgelegt sein.
- (5) Die Absätze 1 bis 4 gelten für die Tätigkeit von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in der Fort- und Weiterbildung und der Supervision entsprechend.

§ 28 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Gutachterinnen und Gutachter

- (1) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen als Gutachterinnen und Gutachter nur soweit tätig werden, wie ihre Fachkenntnis und ihre berufliche Erfahrung ausreichen, um die zu untersuchende Frage richtig beantworten zu können. ²Sind sie wiederholt als Gutachterin oder als Gutacher tätig, so sind sie zu einer entsprechenden Qualitätssicherung ihrer Arbeit und zur fortlaufenden Überprüfung der für ihre Gutachten maßgeblichen Kriterien verpflichtet.
- (2) ¹Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Gutachterinnen und Gutachter haben bezüglich der Fragestellung den Wünschen ihrer Auftraggeberinnen und Auftraggeber zu folgen. ²Sie haben die Fragen nach ihrer eigenen fachlichen Erkenntnis zu beantworten und dabei beruflich korrekte und im Spannungsfeld der Interessen ausgewogene Bewertungen vorzunehmen und deren Kriterien offen zu legen. ³Ihr Gutachten darf keine Gefälligkeitsaussagen enthalten.
- (3) ¹Der Sachverständige muss einen Auftrag ablehnen, wenn er sich für befangen hält oder wenn durch die Erstellung des Gutachtens die Möglichkeit besteht, dass eigene Belange des Sachverständigen berührt werden. ²Der Sachverständige ist in entsprechender Anwendung der Berufsordnung verpflichtet, den Auftraggeber zu informieren, wenn weitere diagnostische und therapeutische Fähigkeiten erforderlich sind, über die der Sachverständige nicht verfügt.

(4) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben vor Übernahme eines Gutachtauftrags ihre Rolle von einer psychotherapeutischen Tätigkeit im engeren Sinne klar abzugrenzen und den Beteiligten ihre Funktion im Verfahren, notfalls wiederholt, zu verdeutlichen.

(5) ¹Ein Auftrag zur Begutachtung eigener Patientinnen und Patienten im Rahmen eines Gerichtsverfahrens ist grundsätzlich abzulehnen. ²Eine gutachterliche Stellungnahme der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten als sachverständige Zeugin oder sachverständiger Zeuge ist nur dann möglich, wenn die Patientin oder der Patient auf die Risiken einer möglichen Aussage der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten in geeigneter Weise hingewiesen wurde und die Psychotherapeutin oder den Psychotherapeuten diesbezüglich von der Schweigepflicht entbunden hat.

(6) Gutachten, zu deren Ausstellung die Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten verpflichtet sind oder die auszustellen sie übernommen haben, sind innerhalb einer angemessenen Frist zu erstatten.

§ 29 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in der Forschung

(1) Planung und Durchführung von Psychotherapiestudien haben die international anerkannten bioethischen Prinzipien einzuhalten:

- a. Autonomie der Patientinnen und Patienten respektieren,
- b. Schaden vermeiden,
- c. Nutzen vermehren und
- d. für Gerechtigkeit sorgen.

(2) ¹Patientinnen und Patienten sind vor der Teilnahme an Psychotherapiestudien sorgfältig über deren Inhalte, Rahmenbedingungen und mögliche Belastungen sowie Risiken aufzuklären. ²Diese Information und die Zustimmung zur Studienteilnahme müssen vor Studienbeginn schriftlich niedergelegt sein.

(3) Bei der Durchführung von Psychotherapiestudien ist vorrangig das Wohl beteiligter Patientinnen und Patienten zu beachten.

Vierter Teil Schlussvorschriften

§ 30 Ahndung von Verstößen

(1) Vorsätzliche oder fahrlässige Verstöße gegen die Bestimmungen dieser Berufsordnung können berufsrechtliche Verfahren nach dem HeilBG nach sich ziehen.

(2) Ein außerhalb des Berufs liegendes Verhalten eines Psychotherapeuten, das eine mit Strafe oder Geldbuße bedrohte Handlung darstellt, ist eine berufsgerichtlich zu ahndende Pflichtverletzung, wenn es nach den Umständen des Einzelfalles in besonderem Maße geeignet ist, Achtung und Vertrauen der Patienten oder sonstiger Adressaten der psychotherapeutischen Leistungserbringung in einer für die psychotherapeutische Berufsausübung bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen.

§ 31 In-Kraft-Treten

Die Neufassung der Berufsordnung tritt am 1. Januar 2013 in Kraft. Zugleich tritt die Berufsordnung der LandesPsychotherapeutenKammer Rheinland-Pfalz vom 18. Oktober 2003 (Psychotherapeutenjournal 4/2003, Einhefter Seite 1), geändert durch Beschluss vom 12. April 2008 (Psychotherapeutenjournal 2/2008, Einhefter Seite 1), vom 29. November 2008 (Psychotherapeutenjournal 1/2009, Seite 100) und vom 5. November 2011 (Psychotherapeutenjournal 1/2012, Einhefter Seite 2) außer Kraft.

Die vorstehende Satzung wird nach Genehmigung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie vom 13. November 2012, Az. 652 01 723-7.5, hiermit ausgefertigt und ist öffentlich bekannt zu machen.

Mainz, den 14. November 2012

Alfred Kappauf
Präsident